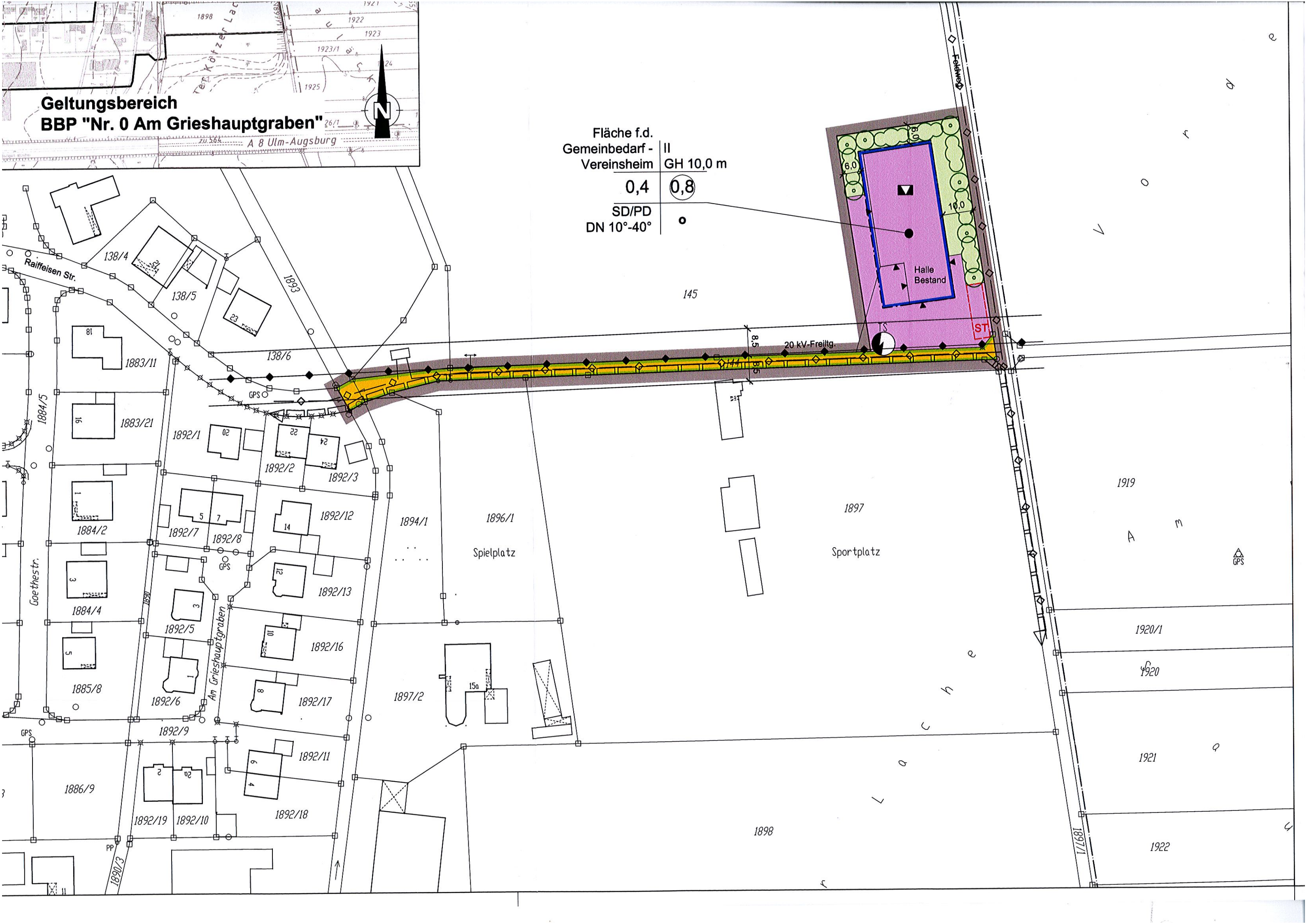


**Geltungsbereich
BBP "Nr. 0 Am Grieshauptgraben"**



Fläche f.d.
Gemeinbedarf -
Vereinsheim II
GH 10,0 m
0,4 0,8
SD/PD
DN 10°-40°





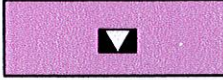






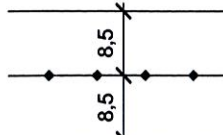
Die Gemeinde Bubesheim erläßt aufgrund der §§ 2 Abs. 1, 9 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB), Art. 91 der Bayerischen Bauordnung (BayBO), der Baunutzungsverordnung (BauNVO) sowie Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) den Bebauungsplan

"Nr. 0 Am Grieshauptgraben - Erweiterung", Gemeinde Bubesheim







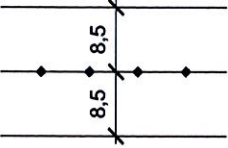

als Satzung. Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Für das Gebiet innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches gilt die von Kling Consult, Planungs- und Ingenieurgesellschaft für Bauwesen mbH, Krumbach, ausgearbeitete Bebauungsplanzeichnung in der Fassung vom, die zusammen mit den nachstehenden Vorschriften den Bebauungsplan bildet.






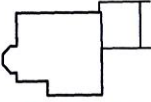

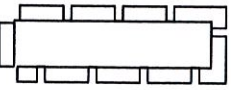
ZEICHENERKLÄRUNG UND TEXTLICHE FESTLEGUNGEN

1.  Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
2.  Maßzahl in Metern
3.  Fläche für den Gemeinbedarf - Vereinsheim
Schank- und Speisewirtschaften sind nicht zulässig.
4.  Baugrenze
5. **0,4** max. zulässige Grundflächenzahl
6. **0,8** max. zulässige Geschossflächenzahl
7. **II** zwei Vollgeschosse als Höchstgrenze
8. **GH 10,0 m** max. Gebäudehöhe, gemessen am höchsten Punkt des Daches (Oberkante Dachhaut). Bezugspunkt zur Bestimmung der max. GH ist die Höhe der mittleren Fahrbahnmitte der nächstgelegenen Erschließungsstraße
9. **SD/PD** zulässige Dachform: Sattel- / Pultdach
10. **DN 10°-40°** max. zulässige Dachneigung
11. **o** offene Bauweise
12.  Private Grünfläche mit Bindung zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern - Eingrünung
13.  Anpflanzen von standortheimischen hochstämmigen Laubbäumen, Arten und Pflanzqualität vgl. Begründung
14.  Anpflanzen von standortheimischen Sträuchern, Arten und Pflanzqualität vgl. Begründung
15.  Straßenverkehrsfläche
 Straßenbegrenzungslinie
16.  20 kV - Freileitung LEW (V13B) mit beidseitigem Schutzstreifen

Im Schutzbereich der Leitung sind bei einer Bebauung und/oder Bepflanzung die

7. II zwei Vollgeschosse als Höchstgrenze
8. GH 10,0 m max. Gebäudehöhe, gemessen am höchsten Punkt des Daches (Oberkante Dachhaut). Bezugspunkt zur Bestimmung der max. GH ist die Höhe der mittleren Fahrbahnmitte der nächstgelegenen Erschließungsstraße
9. SD/PD zulässige Dachform: Sattel- / Pultdach
10. DN 10°-40° max. zulässige Dachneigung
11.  offene Bauweise
12.  Private Grünfläche mit Bindung zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern - Eingrünung
13.  Anpflanzen von standortheimischen hochstämmigen Laubbäumen, Arten und Pflanzqualität vgl. Begründung
14.  Anpflanzen von standortheimischen Sträuchern, Arten und Pflanzqualität vgl. Begründung
15.  Straßenverkehrsfläche
 Straßenbegrenzungslinie
16.  20 kV - Freileitung LEW (V13B) mit beidseitigem Schutzstreifen
- Im Schutzbereich der Leitung sind bei einer Bebauung und/oder Bepflanzung die Schutzbestimmungen der DIN VDE 0210 einzuhalten.
 Bauanträge im Schutzbereich der 20 kV - Leitung sind der LEW zur Stellungnahme vorzulegen.
17.  Trafostation LEW (Nr. 747D Wiedenmann)
18. Geländeaufschüttungen und Abgrabungen sind nicht zulässig.
19. Auf dem Grundstück anfallendes gering verschmutztes Niederschlagswasser ist - sofern die Versickerungsfähigkeit des Untergrundes gegeben ist - zu versickern.

HINWEISE UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN

1.  Zugänge / Andienung
 2.  bestehende Grundstücksgrenzen
 3.  Gemarkungsgrenze
 4.  Gashochdruckleitung (Erdgas Schwaben) PN 16
 5.  Flurnummern
 6.  bestehende Gebäude mit HausNr.
 7.  Umgrenzung von Flächen für geplante Stellplätze
 8.  Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans "Nr. 0 Am Grieshauptgraben"
9. Für die Niederschlagswasserbeseitigung sind die Technischen Regeln zum schadlosen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser in das Grundwasser (TRENGW), das ATV Arbeitsblatt A138 "Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser" sowie das ATV Merkblatt M153 "Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser" zu beachten.
Die Flächenversiegelungen sollten auf das notwendige Maß beschränkt werden. Stellplätze und Lagerplätze sollten mit wasserdurchlässigen Belägen befestigt (z. B. Schotterrassen, Rasenfugenpflaster, Rasengittersteine) werden.
10. Eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler unterliegen der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (vgl. Begründung).
11. Das Plangebiet liegt im Bauschutzbereich des Flugplatzes Leipheim. Die Errichtung von Bauwerken und das Anpflanzen von Bäumen darf von der Baugenehmigungsbehörde bei Überschreiten der in § 12 Abs. 3 Ziffer 1 a (LuftVG) genannten Begrenzungen, nur mit Zustimmung der Wehrbereichsverwaltung Süd - Außenstelle München - Militärische Luftfahrtbehörde - genehmigt werden. Unterlagen über den Bauschutzbereich liegen beim Landratsamt Günzburg auf. Die im Rahmen des Bebauungsplanes zulässigen Gebäude sind von den Beschränkungen des § 12 Abs. 3 Ziffer 1a (LuftVG) nicht betroffen.
12. Bei Arbeiten im Schutzbereich der 20 kV - Leitung besteht Lebensgefahr. Die in den Unfallverhütungsvorschriften angegebenen Sicherheitsabstände sind zwingend einzuhalten.

Verfahrensvermerke

- a) Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 30.06.2003 die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 11.07.2003 ortsüblich bekannt gemacht.
- b) Die Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den Vorentwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 03.11.2003 hat in der Zeit vom 22.12.2003 bis 23.01.2004 stattgefunden.
- c) Zu dem Vorentwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 03.11.2003 wurden die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB in der Zeit vom 22.12.2003 bis 23.01.2004 beteiligt.
- d) Der Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 22.03.2004 wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 19.04.2004 bis 21.05.2004 öffentlich ausgelegt.
- e) Zu dem Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 22.03.2004 wurden die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB in der Zeit vom 19.04.2004 bis 21.05.2004 beteiligt.
- f) Die Gemeinde hat mit dem Beschluss des Gemeinderates vom 21.06.2004 den Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom 22.03.2004 als Satzung beschlossen.

Gemeinde Bubesheim, den 22.06.04



L. 1.1

das Anpflanzen von Bäumen darf von der Baugenehmigungsbehörde bei Überschreiten der in § 12 Abs. 3 Ziffer 1 a (LuftVG) genannten Begrenzungen, nur mit Zustimmung der Wehrbereichsverwaltung Süd - Außenstelle München - Militärische Luftfahrtbehörde - genehmigt werden. Unterlagen über den Bauschutzbereich liegen beim Landratsamt Günzburg auf. Die im Rahmen des Bebauungsplanes zulässigen Gebäude sind von den Beschränkungen des § 12 Abs. 3 Ziffer 1a (LuftVG) nicht betroffen.

12. Bei Arbeiten im Schutzbereich der 20 kV - Leitung besteht Lebensgefahr. Die in den Unfallverhütungsvorschriften angegebenen Sicherheitsabstände sind zwingend einzuhalten.

Verfahrensvermerke

- a) Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 30.06.2003 die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 11.07.2003 ortsüblich bekannt gemacht.
- b) Die Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den Vorentwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 03.11.2003 hat in der Zeit vom 22.12.2003 bis 23.01.2004 stattgefunden.
- c) Zu dem Vorentwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 03.11.2003 wurden die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB in der Zeit vom 22.12.2003 bis 23.01.2004 beteiligt.
- d) Der Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 22.03.2004 wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 19.04.2004 bis 21.05.2004 öffentlich ausgelegt.
- e) Zu dem Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 22.03.2004 wurden die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB in der Zeit vom 19.04.2004 bis 21.05.2004 beteiligt.

f) Die Gemeinde hat mit dem Beschluss des Gemeinderates vom 21.06.2004 den Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom 22.03.2004 als Satzung beschlossen.

Gemeinde Bubesheim, den 22.06.04  [Signature]
1. Bürgermeister

g) Der Bebauungsplan wurde ausgefertigt am 23.06.04
Gemeinde Bubesheim, den 23.06.04  [Signature]
1. Bürgermeister

h) Der Satzungsbeschluss zu dem Bebauungsplan wurde am 21.01.05 gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB ortsüblich bekanntgemacht.

i) Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten.
Gemeinde Bubesheim, den 24.01.05  [Signature]
1. Bürgermeister